

---

## ANTRÄGE

(verabschiedet vom 3. EMB-Kongress am 6. und 7. Juni 2007 in Lissabon)

Antrag Nr. 2

### Handelspolitik der Europäischen Union

Der Kongress stellt fest, dass sich die chinesischen Stahlexporte 2006 im Vergleich zum Vorjahr auf fast fünfzig Millionen Tonnen verdoppelt haben und die chinesischen Stahlimporte in die EU von 1,4 Millionen Tonnen auf 6,3 Millionen Tonnen angestiegen sind. Der Kongress stellt außerdem fest, dass der Exportpreis für Stahlerzeugnisse wie Warmbreitbänder geringer war als der Preis im unterbewerteten Yuan, zu dem der Stahl in China verkauft worden war, und dass die US-Regierung bei der Welthandelsorganisation gegen China eine Klage wegen Subventionierung von Stahlexporten eingebracht hatte.

Angesichts dieser Entwicklung beobachtet der EMB-Kongress mit Sorge, wie das für den Außenhandel zuständige Kommissionsmitglied an die Handelsbeziehungen der Europäischen Union mit der übrigen Welt herangeht und dabei insbesondere seine angebliche Behauptung, die Fertigungsindustrie habe in der Europäischen Union langfristig keine Zukunft. Der Kongress bekräftigt seine Unterstützung einer Handelspolitik, die den fairen Handel ausweitet und es vor allem Entwicklungsländern ermöglicht, verbesserten Zugang zu den Märkten der EU zu erlangen. Im Interesse der Liberalisierung des Handels lehnt der Kongress die Haltung ab, dass den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Völker der EU gedient sei, wenn die wirtschaftlichen Instrumente abgebaut würden, die der EU im Kampf gegen Dumping, Exportsubventionen und anderen unfairen Handelspraktiken zur Verfügung stehen, weil diese die Beschäftigung der arbeitenden Bevölkerung in den EU-Ländern sowie das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen von Familien, Gemeinschaften und Regionen gefährden.

Der Kongress lehnt die Haltung ab, dass die Länder der Europäischen Union in eine postindustrielle Ära eintreten und fordert den EMB auf, mit dem IGB und dem EGB auf eine multilaterale Vereinbarung zur Liberalisierung des fairen Handels hinzuwirken, insbesondere durch Maßnahmen, um den ärmsten Entwicklungsländern den Zugang zu den

Märkten der Industrieländer zu ermöglichen. Der Kongress fordert die Regierungen in der EU dringend auf, Vorschläge für Maßnahmen abzulehnen, die Hindernisse gegen Dumping und andere unfaire Praktiken in der Arbeitswelt torpedieren.

---

Am 7. Juni 2007

---

---

Antrag Nr. 3

**Der Klimawandel und die EU-Energiepolitik**

Der Kongress begrüßt, dass die Europäische Union angesichts des eindeutigen und überzeugenden Beweises dafür, dass die Erderwärmung auf den Kohlendioxid ausstoß und andere Emissionen zurückzuführen ist, dem Thema Klimawandel Priorität einräumt. Es sind Maßnahmen auf höchster Ebene vonnöten, um die Kyoto-Ziele und die Emissionsziele der einzelnen Länder zu erreichen und gleichzeitig die Energieversorgung Europas zu sichern. Der Kongress stellt jedoch fest, dass die EU ihre Führungsposition nur dadurch unter Beweis stellen kann, dass sie die Pläne für den Emissionshandel sowie andere politische Maßnahmen umsetzt, und dass ihre Maßnahmen global eingeschränkt Wirkung zeigen werden, wenn die großen Produktionsländer anderswo – insbesondere die Vereinigten Staaten, China und Indien – nicht ähnliche Maßnahmen zur Reduzierung der erderwärmenden Gasemissionen setzen. Der Kongress appelliert an die Kommission und den Ministerrat, die Gespräche mit den betreffenden Ländern zu intensivieren, um die globale Anwendung der Maßnahmen zur Senkung schädlicher Emissionen in die Atmosphäre zu fördern, und bereit zu sein, handelspolitische Maßnahmen gegen Länder einzusetzen, die weiterhin versuchen, durch ihre Weigerung, die Emissionen einzudämmen, unfairen Handel mit den EU-Ländern zu betreiben.

Der Kongress beobachtet mit Sorge, dass die Energiekosten in einigen Ländern der Europäischen Union in den letzten beiden Jahren unverhältnismäßig stark gestiegen sind, was eine Bedrohung für die europäische Fertigungsindustrie und die Arbeitsplätze der Gewerkschaftsmitglieder darstellt. Der Kongress ruft die Behörden der Europäischen Union auf, so schnell wie möglich einen Binnenmarkt für Energie zu verwirklichen, der nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für die Produktion in anderen Ländern führt. Der Kongress fordert die Kommission außerdem auf, dafür zu sorgen, dass der Emissionshandel in den EU-Ländern gleichmäßig angewandt wird, wobei gemeinsame Definitionen und Methoden für die Messung der Emissionen in ganz Europa zugrunde gelegt werden müssen.

Der Kongress ist sich dessen bewusst, dass die langfristige Sicherung der Energieversorgung für die Wirtschaft der Europäischen

Union von höchster Bedeutung ist und dass sich der Übergang zu einer Wirtschaft mit geringem Kohlendioxidaufkommen direkt auf die Beschäftigung und den Qualifikationsbedarf der Zukunft auswirken wird. Der Kongress appelliert an die EU-Behörden, mit dem EMB an einer ausgewogenen Energiepolitik und der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung des Klimawandels sowie an Anpassungsstrategien zu arbeiten.

Diese müssen folgende Punkte enthalten:

- 1) Die Entwicklung einer Strategie, um eine grüne Zukunft für die Produktion zu gewährleisten.
- 2) Branchenvereinbarungen, die Qualifikationen und Übergänge unterstützen und Mitarbeiter schützen, deren Arbeitsplätze in Gefahr sind.
- 3) Die Förderung einer sauberen Technologie für Kohle, Öl und Gas sowie andere Energiequellen, um zu verhindern, dass der Kontinent aufgrund seines Energiebedarfs von politisch instabilen Staaten in Geiselschaft genommen wird. Diese verschiedenen Energieformen können die Versorgung weit in die Zukunft sichern und tragen zu einer Ausgewogenheit der Energieversorgung in Europa bei.

---

Am 7. Juni 2007

---